

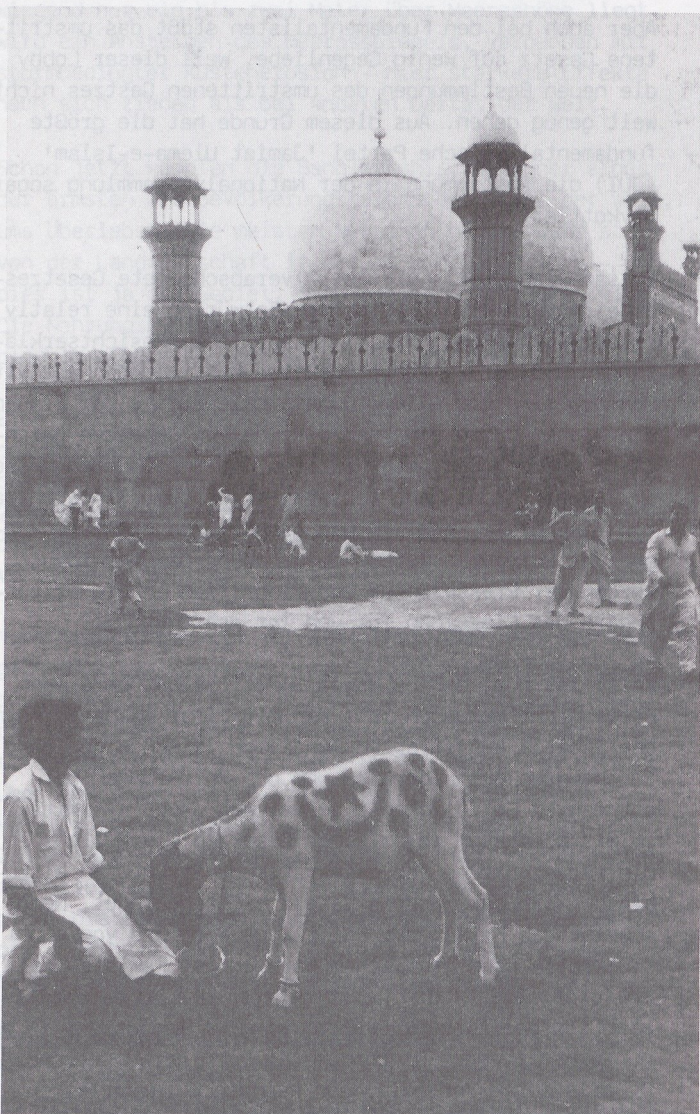
Statt der gewünschten Konsolidierung der Gesellschaft ist mit der Einführung der Scharia eine emotionsgeladene, mit Leidenschaft geführte Kontroverse entbrannt, die neue innenpolitische Gräben aufreißt. Vor allem zwischen Schiiten und Sunniten, und zwischen Anhängern verschiedener theologischer Rechtsschulen wird erbittert darum gestritten, welche Auslegung der Scharia die verbindliche sein soll (siehe auch Beitrag 'Islamisierungspolitik und ihre Früchte' in dieser Ausgabe).

Da das Verhältnis von Nawaz Scharif zu den beiden anderen Mitgliedern des sogenannten Triumvirats - Präsident Ishaq Khan und Armeestabschef Aslam Beg - als Folge der heftigen Debatten während des Golfkrieges nach wie vor von einem Element der Unsicherheit geprägt wird, ist der Premierminister um so mehr dem

Druck der Mullahs und Maulvis im eigenen Lager ausgesetzt. Wohl auch, um dieser Entwicklung ein Gegengewicht entgegenzusetzen zu können, bemüht sich der Regierungschef gerade in jüngster Zeit darum, den zur Opposition abgerissenen Gesprächsfaden wieder aufzunehmen und das Verhältnis zu verbessern. Wenn dies nicht gelingt, könnte die IJI auf absehbare Zeit ihren größten Aktivposten - eine funktionstüchtige Nationalversammlung -, um dem Druck von Militär, Präsident und fundamentalistischer Lobby begegnen zu können, verlieren. Schwer wiegt auch, daß auch die Bevölkerung in zunehmendem Maße der Regierung die Unterstützung versagt, da die Preise für wichtige Grundnahrungsmittel, Gas und Elektrizität spürbar gestiegen sind.

Jorge Scholze

## Islamisierungspolitik und ihre Früchte



Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Sektoren Anfang des Jahres sowie die Wiedereinführung der islamischen Rechtsprechung in Pakistan im Mai (siehe auch Kasten) haben erneut die Vorstellungen vom finsternen Mulla mit langem Bart und Turban genährt, nach dem das Bhutto-Intermezzo scheinbar die Hoffnungen auf ein säkulares Pakistan kurzzeitig geweckt hatte. Die Wahlniederlage Benazir Bhuttos im vergangenen Jahr ließ jedoch erkennen, daß die Macht konservativer und traditionalistischer Kräfte im Lande nicht zu unterschätzen ist, auch wenn viele politische Repräsentanten "klerikaler" Parteien selbst in ihren eigenen Wahlkreisen die Mandate verloren.

Der Wahlsieg der 'Islamischen Republikanischen Allianz' (IJI) hat gezeigt, daß der Einfluß islamischer Würdenträger in der pakistanischen Politik nicht zu unterschätzen ist. Ohne ihr Wohlwollen und ihre Kooperation vermag sich scheinbar kein Regime langfristig durchsetzen zu können. Dies mußte auch der amtierende Premierminister Nawaz Sharif einsehen: Die nun eingeführten Scharia Gesetze in Pakistan können als Zugeständnisse an die Geistlichen gewertet werden.

Traditionalisten sehen den islamischen Gehalt dieser Gesetze jedoch mit großer Skepsis, da nämlich durch sie u.a. eine einheitliche islamische Norm festgelegt werden soll. Ein solches Vorhaben steht ganz im Gegensatz zu den divergierenden islamischen Kulturen im Lande. Die Architekten solcher Gesetze sind sogenannte "Fundamentalisten" und Modernisten, die meist nur mit einem spärlichen Bart und selten mit einem Turban ausgestattet sind. Sie sind städtischer und mittelständischer Herkunft und bekunden ihre Aufgeschlossenheit gegenüber westlicher Normenvorstellung (für eine

kurze Einführung in die verschiedenen Ausprägungen des Islam in Pakistan und die Islamisierungspolitik siehe: Pakistan-Dokumentation des Südasienbüros, 1989, S. 61 ff.). Sie stammen nicht aus den Reihen der traditionalistischen islamischen Würdenträger, der Ulama oder der Sufis, und haben meist keine religiöse Ausbildung genossen.

Die Islamisierungspolitik Zia ul Haqs verschaffte insbesondere diesen städtischen Gruppierungen erstmals politische Geltung. Auch die Traditionalisten erhielten Aufmerksamkeit, so z.B. durch Gelder für ihre religiösen Schulen und durch die formale Anerkennung der Abschlüsse dieser Schulen. Die Unterstützung für Geistliche führte damals bald zum Wildwuchs religiöser Institutionen und zu unerwartet zahlreichen graduierten Mullas, die nun auf den Arbeitsmarkt strömten. Die säkulare Bürokratie jedoch hatte für diese, nun formal anerkannten Theologen, keine Arbeitsplätze vorgesehen, so daß der soziale Konflikt vorprogrammiert war.

Von Bedeutung war auch der Einfluß anderer Staaten des Vorderen Orients auf die Gelehrten: In der Unterstützung der Schulen sahen diese Staaten eine Möglichkeit, ihren Einflußbereich auszuweiten. Es fällt daher schwer zu bezweifeln, daß die iranische Revolution unter der schiitischen Minderheit in Pakistan (etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung) ein neues Selbstbewußtsein förderte. Ebenso läßt sich kaum abstreiten, daß sunnitische Institutionen mit Geldern aus dem Vorderen Orient prahlen. Man könnte sogar den Eindruck gewinnen, die Auseinandersetzungen im Vorderen Orient spiegeln sich in Pakistan unter den verschiedenen Denkrichtungen wider.

Die jüngsten Ereignisse im Punjab, der bislang politisch ruhigsten und wirtschaftlich wohlhabendsten Provinz des Landes, kann als Ergebnis der oben angerissenen Arbeitsmarktproblematik unter den arbeitslosen Graduierten gewertet werden. Die Spitze des Eisberges dieser sozialen Probleme offenbarte sich erneut im Dezember 1990, als ein Vertreter der schiitischen iranischen diplomatischen Mission auf offener Straße in Lahore niedergeschossen wurde. Mutmaßliche Täter wurden unter den Vertretern der sunnitischen militanten 'Anjuman-e Sipahan-e Sahaba' (ASS; Organisation zur Verteidigung der Prophetengenossen) vermutet. Die ASS war 1985 in Jhang - einem Distrikt im mittleren Punjab - nach den parteilosen Wahlen gegründet worden. Sie gilt als Splittergruppe der traditionalistischen islamischen Partei, der deobandischen 'Jami'at-e Ulama-e Islam (JUI; Gemeinschaft der Gelehrten des Islam. Die Mutterpartei JUI stellt viele afghanische Mujahidin. Daher verfügen auch die Vertreter der ASS nicht nur über Kampftechniken, die sie in ihrem langjährigen Kampf erlernt und erprobt haben, sondern auch über die nötigen Waffen).

Ihre soziale Basis findet die ASS meist unter arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie haben in den seltensten Fällen einen religiösen Familienhintergrund, wenn auch die meisten von ihnen eine reli-



Schüler in religiöser Schule (Foto: Jamal Malik)

giöse Schule besucht haben. Die Organisation ist streng hierarchisch strukturiert, absoluter Gehorsam steht im Mittelpunkt. Ziel der ASS ist es, sogenannte "unislamische" Praktiken auszumerzen, die vornehmlich unter den Barelwis und Schiiten vorzufinden seien. Während der letzten Wahlen soll die ASS die sunnitische Bevölkerung gegen Schiiten mobilisiert haben.

Dem Mord im Dezember letzten Jahres waren schon mehrfach Auseinandersetzungen zwischen sunnitischen und schiitischen Organisationen vorausgegangen, insbesondere im Ballungszentrum Karachi. Hier war 1980 die sunnitische 'Sawad-e A'zam' (Die Mehrheit), ebenfalls deobandischer Prägung, gegründet worden. Sie verstand sich als Gegenstück zu der im selben Jahr ausgerufenen schiitischen 'Tahrik-e Nifaz-e Ja'fariya' (TNFJ; Bewegung für die Einführung des schiitischen Rechts). Während 'Sawad-e A'zam' die Einführung sunnitischer Religionsvorstellungen zum Ziel hatte, lehnte die TNFJ eine exklusiv sunnitisch religiöse Dominanz ab. Differenzen zwischen verschiedenen Ethnien in Karachi jedoch überschatteten diese inner-islamischen Unruhen. Erst als diese Problematik auch das bislang friedfertige Punjab Hinterland ergriff, wurde sie zum zentralen Thema der Tagespresse.

Die Stadt Jhang ist sozial und religiös ähnlich heterogen wie ihre umliegende Region. Ihre Besonderheit liegt aber darin, daß sich dort eines der wenigen Zentren der Schiiten befindet. Heiligenschreine und Volksglauben sind hier weit verbreitet. Zwischen verehrten Personen des Volksglaubens (Heilige etc.) und Großgrundbesitzern besteht oftmals eine Personalunion. Daher ist das Land meist in wenigen, oft schiitischen Händen. Ebenfalls schiitisch ist eine große Zahl armer Bauern. Sunniten hingegen gehören meist den ärmeren städtischen Schichten sowie den Unternehmern an. Ein Großteil der jhangischen Stadtbevölkerung (ca. 150.000) stammt aus dem Ost-Punjab im heutigen Indien - vermutlich vornehmlich Sunniten -, die sich im Laufe der

THE following is the text of the Enforcement of Shariah Act as adopted by the National Assembly:

WHEREAS sovereignty over the entire Universe belongs to Almighty Allah alone, and the authority to be exercised by the people of Pakistan through their chosen representatives within the limits prescribed by Him is a sacred trust.

And whereas Islam has been declared to be the State religion of Pakistan and thus it has become obligatory for all Muslims to follow the Injunctions of the Holy Quran and Sunnah to regulate and order their lives in complete submission to the Divine law.

And whereas the Objectives Resolution has been incorporated in the Constitution of the Islamic Republic of Pakistan as a substantive part thereof;

And whereas it is one of the fundamental obligations of the Islamic State to protect the honour, life, liberty, property and rights of citizens and to ensure peace and provide inexpensive and speedy justice to all manner of people through an independent Islamic system of justice;

And whereas Islam enjoins establishment of a social order based on the Islamic values of bidding what is right and forbidding what is wrong (Amr bil Ma'roof wa nahi anil Munkar);

And whereas in order to achieve the aforesaid objectives and goals, it is necessary to give to these measures constitutional and legal backing;

It is hereby enacted as follows:

Short title, extent and commencement: - (1) This Act may be called the Enforcement of Shariah Act, 1991.

(2) It extends to the whole of Pakistan.

(3) It shall come into force at once.

(4) Nothing contained in this Act shall affect the personal laws, religious freedom, traditional customs and ways of life of the non-Muslims.

2. Definition: In this Act "Shariah" means the Injunctions of Islam as laid down in the Holy Quran and Sunnah.

Explanation: 1. While interpreting and explaining the Shariah the recognised principles of interpretation and explanation of the Holy Quran and Sunnah shall be followed and the expositions and opinions of recognised jurists of Islam belonging to the present Islamic schools of jurisprudence may be taken into consideration.

Explanation: 2. As envisaged in Article 227 of the Constitution, in interpreting the

Shariah with respect to the personal law of any Muslim sect, the expression Quran and Sunnah shall mean the Quran and Sunnah as interpreted by that sect.

3. Supremacy of Shariah: The Shariah, that is to say, the Injunctions of Islam as laid down in the Holy Quran and Sunnah, shall be the supreme law of Pakistan, provided that the political system and present form of government shall not be affected.

4. Laws to be interpreted in the light of Shariah: For the purpose of this act

(a) While interpreting the statute-law, if more than one interpretation is possible, the one consistent with the Islamic principles and jurisprudence shall be adopted by the Court; and

(b) where two or more interpretations are equally possible the interpretation which advances the Principles of Policy and Islamic Provisions in the Constitution shall be adopted by the Court.

5. Observance of Shariah by Muslim citizens: All Muslim citizens of Pakistan shall observe Shariah and act accordingly.

6. Teaching of, and training in, Shariah, etc: The State shall make effective arrangements:-

(a) for the teaching of, and training in, the Shariah, Islamic jurisprudence and all other branches of Islamic law at appropriate levels of education and professional training;

(b) to include courses on the Shariah in the syllabi of the law colleges;

(c) for the teaching of the Arabic language; and

(d) to avail the services of persons duly qualified in Shariah, Islamic jurisprudence and Ifta in judicial system.

7. Islamisation of education: (1) The State shall take necessary steps to ensure that the educational system of Pakistan is based on Islamic values of learning, teaching and character-building.

(2) The Federal Government shall, within 30 days from the commencement of this Act, appoint a Commission consisting of educationists, jurists, experts, Ulema and elected representatives as it may deem fit and appoint one of them to be its Chairman.

(3) The functions of the Commission shall be to examine the educational system of Pakistan to achieve the objectives referred to in subsection (1) and make recommendations in this behalf.

(4) A report containing the recommendations of the Commission shall be submitted to the Federal Government which shall cause it to be placed before both the Houses of Majlis-i-Shoora (Parliament).

(5) The Commission shall have the power to conduct its proceedings and regulate its pro-

cedure in all respects as it may deem fit.

(6) All executive authorities, institutions and local authorities shall act in aid of the Commission.

(7) The Ministry of Education in the Government of Pakistan shall be responsible for the administrative matters relating to the Commission.

8. Islamisation of economy: (1) The State shall take steps to ensure that the economic system of Pakistan is constructed on the basis of Islamic economic objectives, principles, and priorities.

(2) The Federal Government shall, within 30 days from the commencement of this Act, appoint a Commission consisting of economists, bankers, jurists, Ulema, elected representatives and such other persons as it may deem fit and appoint one of them to be its chairman.

(3) The functions of the Commission shall be:

(a) to recommend measures and steps, including suitable alternatives, by which the economic system enunciated by Islam could be established;

(b) to recommend the ways, means and strategy for such changes in the economic system of Pakistan so as to achieve the social and economic well-being of the people as envisaged by Article 38 of the Constitution;

(c) to undertake the examination of any fiscal law or any law relating to the levy and collection of taxes and fees or banking or insurance law or practice and procedure to determine whether or not these are repugnant to the Shariah and to make recommendations to bring such laws, practices and procedure in conformity with the Shariah; and

(d) to monitor progress in respect of the Islamisation of the economy, identify lapses and bottlenecks if any and suggest alternatives to remove any difficulty.

(4) The Commission shall oversee the process of elimination of Riba from every sphere of economic activity in the shortest possible time and also recommend such measures to the Government as would ensure the total elimination of Riba from the economy.

(5) The Commission shall submit its reports on a regular basis and at suitable intervals to the Federal Government which shall place the same before both the Houses of Majlis-i-Shoora (Parliament) and shall also respond to any queries sent to it by the Federal Government in respect of establishment of the Islamic economic order.

(6) The Commission shall have the power to conduct its proceedings and regulate its procedure in all respects as it may deem fit.

(7) All executive authorities, institutions and local authorities shall act in aid of the Commis-

## Sharia Act: text

sion.

(8) The Ministry of Finance in the Government of Pakistan shall be responsible for the administrative matters relating to the Commission.

(9) Mass media to promote Islamic values: (1) The State shall take steps to promote Islamic values through the mass media.

(2) The publication and promotion of programmes against or in derogation to the Shariah, including obscene material, shall be forbidden.

10. Protection of life, liberty, property, etc. In order to protect the life, honour, liberty, property and the rights of the citizens, the State shall take legislative and administrative measures to:

(a) introduce administrative and police reforms;

(b) prevent acts of terrorism and sabotage and disruptive activities; and

(c) prevent the possession and display of illicit arms.

11. Elimination of bribery and corruption: The State shall take legislative and administrative measures to eliminate bribery, corruption and malpractices and provide for exemplary punishment for such offences.

12. Eradication of obscenity, vulgarity, etc: Effective legal and administrative measures shall be taken by the State to eradicate obscenity, vulgarity and other vices.

13. Eradication of social evils: The State shall take effective measures for enactment of law eradicating social evils and promoting Islamic virtues on the principles of Amr bil Ma'roof wa nahi anil Munkar as laid down in the Holy Quran.

14. Nizam-i-Adl: The State shall take adequate measures for the Islamisation of the judicial system by eliminating laws delays, multiplicity of proceedings in different courts, litigation expenses and ensuring the quest for truth by the court.

15. Bait-ul-Mal (Welfare Fund): The State shall take steps to set up a Bait-ul-Mal for providing assistance to the poor, needy, helpless, handicapped, invalids, widows, orphans and the destitute.

16. Protection of the ideology of Pakistan etc: The State shall enact laws to protect the ideology, solidarity and integrity of Pakistan as an Islamic State.

17. Safeguard against false imputations, etc: The State shall take legislative and administrative measures to protect the honour and reputation of the citizens against false imputations, character assassination and violation of privacy.

18. International financial obligations, etc: Notwithstanding anything contained in this Act or any decision of any court, till an alter-

native economic system is introduced, financial obligations incurred and contracts made between a National Institution and a Foreign Agency shall continue to remain, and be, valid, binding and operative.

Explanation: In this section, the expression "National Institution" shall include the Federal Government or a Provincial Government, a statutory corporation, company, institution body, enterprise, any person in Pakistan and the expression "Foreign Agency" shall include a foreign government, a foreign financial institution, foreign capital market, including a bank, and any foreign lending agency, including an individual and a supplier of goods and services.

19. Fulfilment of existing obligations: Nothing contained in this Act or any decision made thereunder shall affect the validity of any financial obligations incurred, including under any instruments, whether contractual or otherwise, promise to pay, or Federal any other financial commitments made by or on behalf of the Government or a Provincial or a financial or statutory corporation or other institution to make payments envisaged therein, and all such obligations, promises and commitments shall be valid, binding and operative till an alternative economic system is evolved.

20. Rights of women not to be affected: Notwithstanding anything contained in this Act, the right of women as guaranteed by the constitution shall not be affected.

21. Rights of Parliament to make laws: Notwithstanding anything contained in this act, Parliament and the provincial assemblies shall have the exclusive right to make laws on their respective subjects under the Constitution.

22. Rules: The Federal Government may, by notification in the official gazette, make rules for carrying out the purpose of this Act.

### Statement of objects and reasons

Having regard to the will of the people of Pakistan to make the country a truly Islamic state wherein, amongst other things:-

(a) a just social order shall be established ensuring equality between citizens, a society free from exploitation, protection of the life, liberty, property and rights of the citizens and availability of inexpensive and speedy justice to all manner of people through an independent Islamic system of justice;

(b) adequate provisions are made according to Shariah to eliminate bribery, corruption and malpractices; and

(c) obscenity, immorality and other social evils are eradicated; this Bill declares that the Shariah, that is to say, the Injunctions of Islam

as laid down in the Holy Quran and Sunnah, shall be the supreme law of Pakistan, requires all Muslim citizens of Pakistan to faithfully observe the Shariah and casts upon the State the duty to:-

(a) Make effective arrangements for the teaching of and training in, the Shariah and Islamic jurisprudence;

(b) take adequate measures to ensure an Islamic system of justice and to save the people from the necessity of resorting to several courts;

(c) bring about police reforms to ensure that the life, honour, liberty, property and rights of the citizens are protected;

(d) make effective provisions by law to combat the offences of corruption of all sorts;

(e) take steps to set up a Bait-ul-Mal for providing assistance to the poor, needy, widows, orphans and the destitute;

(f) take effective legal and administrative measures to eradicate obscenity, vulgarity and other vices;

(g) enact laws to protect the ideology, solidarity and integrity of Pakistan;

(h) undertake legal measures to prevent the possession and display of illicit arms;

(i) take steps to ensure that the economic system of Pakistan is constructed on the basis of Islamic economic principles, values and priorities and appoint a Commission consisting of economists, bankers, jurists, Ulema and elected representatives with the duty to recommend measures and steps, including suitable alternatives, by which the Islamic economic system could be established and to monitor progress in respect of the Islamisation of the economy and oversee the whole process of elimination of Riba from every sphere of economic activity within the shortest possible time.

(j) take steps to promote Islamic values through the mass media;

(k) take steps to ensure that the educational system of Pakistan is based on Islamic values of learning, teaching and character-building and to appoint a Commission consisting of educationists, jurists, experts, Ulema and elected representatives to make recommendations for the purpose;

(l) take effective measures for enactment of laws eradicating social evils and promoting Islamic values on the principles of "Amr bil Ma'aruf Wa Nahi Anil Munkar" as laid down in the Holy Quran.

2. In order to prevent the disruption of the economic system of Pakistan and to honour sanctity of agreements, the Bill seeks to protect the validity of the financial obligations and contracts between a national institution and a foreign agency until an alternative economic system is evolved.

Zeit zum Teil als Händler etablieren konnten. Die neuerlichen Ausschreitungen in Jhang lassen erkennen, daß eine befriedigende soziale Integration dieser Ost-Punjabis offenbar noch nicht stattgefunden hat.

Die traditionale Altstadt - neben dem von den Kolonialherren aufgebauten Marktzentrum, dem Saddar und einer neuen Ansiedlung, der sogenannten Satellite Town - ist eines von mehreren Stadtbezirken Jhangs. Sie ist seit Anfang Januar diesen Jahres Schauplatz der Unruhen, nachdem an diesem Tag der Führer der ASS ermordet wurde. Die Bluttaten werden von der Administration als

politische Morde gewertet: Es sollen sunnitische Feudale gewesen sein, die ihre Kontrahenten - die ASS-Vertreter - ausmerzen wollten. Obwohl die Sachlage eindeutig zu sein scheint, weist die ASS diesen Vorfällen sektiererischen Charakter zu und macht die schiitische TNFJ dafür verantwortlich. Damit wird versucht, von den eigentlichen Problemen abzulenken: Konflikte zwischen politischen Vertretern zum einen und dem übergreifenden Problem des Heroinhandels zum anderen. Letzteres ist freilich Ergebnis der zunehmenden sozialen Desintegration und der damit verbundenen Schaffung einer Ersatzkultur und dem Drogenkonsum.

Tatsache ist, daß hunderte von arbeitslosen und frustrierten Jugendlichen im Namen der Religion mobilisiert werden. Da die meisten aus den vielen - oftmals polemisierenden - religiösen Schulen stammen, reicht meist der Verweis auf die andere Denkschule als Feindbild dazu aus, sie auf die Straße zu schicken. Durch allgemeine Parolen soll ihnen eine soziale und religiöse Identität und ein "moralisch richtiger" Weg vermittelt werden: Die schiitische Minderheit wird für jeglichen Verfall im Lande verantwortlich gemacht und in die Reihen zionistischer Verschwörer gestellt. Die ASS verfolgt nun das Ziel, die Schiiten von staatswe-

gen als Nicht-Muslime zu erklären. Ein kaum zu verhindernder militanter landesweiter Konflikt bahnt sich deshalb an. Er ist als Ergebnis der Islamisierungspolitik zu verstehen, die die Mullahs zwar formal und finanziell gefördert, aber keine Vorkehrungen für ihre Integration in den Arbeitsmarkt getroffen hat. Die Auswirkungen dieser mangelhaften Abschätzung der Konsequenzen aus der Förderung der Geistlichen werden mit großer Wahrscheinlichkeit das Szenario der nächsten Zeit bestimmen.

Jamal Malik